



17.01.2013

Bahnlärm Gutachten zu Chemie-Zügen gefordert

Initiativen wollen Risiken auf Stadtstrecke und Umgehung vergleichen

[Thorsten Kuchta](#)

Oldenburg Die Oldenburger Bahnlärm-Initiativen IBO und LiVe haben jetzt ein Gutachten gefordert, in dem Auswirkungen möglicher Unfälle von Gefahrgutzügen in Oldenburg untersucht werden. Darin sollten die Folgen von Unfällen mit entgleisten Gefahrgutzügen auf der Stadtstrecke und einer möglichen Umgehung verglichen werden, heißt es in einer Mitteilung der Initiativen vom Dienstag.

Die Bahnlärm-Gegner haben darin Politik und Stadt aufgefordert, das Gutachten sofort in Auftrag zu geben und Mittel dafür bereit zu stellen. Die Expertise soll die Forderung nach einer Umgehungstrasse im anstehenden Planfeststellungsverfahren für die Stadtstrecke unterstützen, da – so die Erwartung – hohe Risiken für Leben und Gesundheit der Bevölkerung an der Bahnstrecke nachgewiesen werden könnten. Andersorts sei dies gelungen: „In vergleichbaren Planfeststellungsverfahren z.B. im Rheintal trugen solche Gutachten wesentlich dazu bei, dass es zur Herauslegung von Bahnstrecken aus Ortschaften kam“, heißt es in dem Schreiben der Initiativen.

Nach Einschätzung der organisierten Bahnlärm-Gegner dürfte ein solches Gutachten etwa 10000 Euro kosten und binnen vier Monaten ab Beauftragung vorliegen. Im einzelnen sollten die Gutachter klären, wie viele Menschen an der Bestandsstrecke in Abhängigkeit von Unfallort und jeweils freigesetzten Gefahrstoffen gefährdet und gegebenenfalls getötet werden könnten – und wie viele es bei einem gleichartigen Unfall an der erhofften Umgehungstrasse entlang der A 29 wären. Zudem erwarten die Initiativen von den Gutachtern Aussagen darüber, ob sich die Wahrscheinlichkeiten von Gefahrgutunfällen auf Bestandsstrecke und Umgehungstrasse unterscheiden. Dabei sollen streckenspezifische Faktoren wie die Anzahl der Weichen, Schienenüberwerfungen, Abstand zur Wohnbebauung und Art und Menge der transportierten Gefahrgüter einbezogen werden.

Nach Angaben der Initiativen geht auch die Stadt davon aus, dass in den Containerzügen vom Jade-Weser-Port wesentlich mehr Gefahrgüter über die Stadtstrecke rollen würden. Was das für Folgen haben könnte, sei hingegen noch nicht ausreichend untersucht worden.

Zu den Kosten heißt es, dass die Stadt durch die Arbeit der Initiativen bereits mehr als 30000 Euro Prozesskosten bei der Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht gespart habe. Allein schon deshalb sei eine sofortige Auftragsvergabe möglich. Das Ergebnis einer gutachterlichen Risikogegenüberstellung beider Strecken soll zudem öffentlich gemacht werden.



Bahnlärm provoziert Eiszeit



Initiative "Grünes Palästina" gestartet



Palmöl: 9% p.a. Rendite



Initiative für höhere Verkehrssicherheit

Leserkommentare (0)

© NWZonline [2012]

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der Nordwest-Zeitung Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG